

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

53 (4.3.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geplatzte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Ergebenbetragungen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung des Abonnementpreises, bei geschäftlicher Beendigung und bei Kontour außer Kraft tritt. Geschäfts- und Geschäftsdruck 12. 9. Schilling bei Tages- und Nachtzeit 6 Uhr vorwärts.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark • Ohne Zustellung 2.20 Mark • Durch die Post 2.00 Mark • Einzelhefte 10 Pfennig • Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Druckverlag 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe I. 2. Wehlstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Verteilung: Postamt: Karlsruhe, Hauptstraße 9; B. Baden, Jagdstraße 12; Rastatt, Reichenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 53

Karlsruhe, Mittwoch, den 4. März 1931

51. Jahrgang

Lebhafte Gefrierfleischdebatte

Sozialdemokratischer Gesetzentwurf auf zollfreie Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch nach scharfen Kämpfen angenommen

Berlin, 3. März. (Via. Drabt.) Der Reichstag begann seine Diensttagssitzung mit den zurückgebliebenen

Abstimmungen zum Ernährungs- und Landwirtschaftsetz

Angenommen wurde in allen drei Lesungen ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf durch den die Ausfuhr von Roggen von 60 auf 70 Prozent erhöht werden soll. Die Kommunisten brachten einen fünf Monate alten Antrag zur Abstimmung, die 600 000 aufzubehalten Tonnen Roggen für Erwerbslose und Sozialrentner zu versetzen. Der Antrag ist jetzt unzulässig, da der allergrößte Teil dieses Roggens längst konsumiert und zur Verfüllung verwendet worden ist. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, der Förderung der gefährdeten Frühjahrsernte besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In anderen angenommenen Entschließungen wird die Reichsregierung ersucht, mit der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, den Provinzen Schleswig, Grenzmark und Pomern der Östliche die gleichen Frachtkontingente für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsstoffe zu geben, nach Art und Norm, wie sie Ostpreußen nach dem Osthilfsvertrag gewährt werden. Die Vergabe von Mitteln an Hausfrauenverbände usw. wird davon abhängig gemacht werden, daß diese Verbände nicht direkt oder indirekt bereits aus Reichsmitteln Zuwendungen erhalten. In einer weiteren Entschließung wird ersucht um die baldige Vorlage von Bestimmungen über die Standardisierung der Erzeugnisse der Landwirtschaft und des Obst- und Gemüsebaus, damit der ausländische Konkurrenz wirksam entgegengetreten werden könne. Ferner wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Zinsverbilligungszusatz des Reichs für Bodenverbesserungsarbeiten auszubehalten, falls es bei Prüfung des einzelnen Falles für notwendig erscheint. Ferner soll der Gesamtplan der Zinsverbilligungsanstalt für Bodenverbesserungsarbeiten entsprechend erhöht werden. Schließlich wird die Reichsregierung nach Ersuch auf Senkung der Preise für künstliche Düngemittel für die deutsche Landwirtschaft hinzuwirken.

Der sozialdemokratische Gefrierfleischantrag Es folgt die Beratung über den sozialdemokratischen Gesetzentwurf, der zur Verbilligung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigen Fleisch rückwirkend vom 1. März ab jährlich ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zulassen soll.

Oben diesen Gesetzentwurf erhob sich eine lange Reihe von Reden. Minister Schiele meinte, der Gesetzentwurf würde der Bauernschutzpolitik der Regierung entgegenwirken. Der Landvolkführer Hess hob die Verantwortung für die etwaige Annahme des sozialdemokratischen Antrags auf die Vertreter bei den Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten. Deren Fernbleiben habe eben erst die Annahme des sozialdemokratischen Antrags zum Ausdruck bewirkt. Nebenbei äußerte sich der Bauernführer Volkspartei Gerauer. Der Kommunist Hönle warf dem Minister Schiele vor, daß er durch sein Verprechen, billiges Frischfleisch statt Gefrierfleisch abzugeben, den Reichstag belogen habe. Er wurde daraufhin zur Ordnung gerufen. Selbstverständlich richtete Hönle dann seine Hauptangriffe gegen die Sozialdemokratie, die niemals die Zustimmung der Kommunisten finden werden, auch wenn sie gegen die gesamten bürgerlichen Parteien für billiges Gefrierfleisch kämpft, ist sie selbstverständlich ein Vertreter an der Arbeiterklasse. Eine aufsehenerregende Rede hielt dann der mittelhändlerische Abg. Schneidewind, der Reichsminister in Köln ist. Er hielt die Einfuhr von billigem Gefrierfleisch in Deutschland für gänzlich unmöglich, denn es gäbe überall billigeres und besseres Fleisch in Deutschland als das frühere zollfreie Gefrierfleisch. Schneidewind rief in den Saal: „Bei uns in Köln gibt es vorzügliches Rinderfleisch zu 30 Pfennig, und beste Wurst für 20 Pfennig.“ Er lud den Reichstag ein nur nach Köln zu kommen, wo jede Bestellung zu diesem Preis ausgeführt werde. Auch in Kaiserslautern habe er Wurst für 20 Pfennig gesehen. Es gäbe also billige Lebensmittel in Massen in Deutschland, man wisse nur nicht, sie anzubringen. Die Einfuhr der 50 000 Tonnen Gefrierfleisch bedeute nur einen großen Gewinn für die sozialdemokratischen und christlichen Genossen.

Abg. Bergmann-Hamburg (Soz.) Dies die mittelhändlerischen Gegner der Gefrierfleischimport dars auf hin, daß nicht weniger als

18 Berliner Fleischhändler angefordert haben, daß Gefrierfleisch in den bisherigen Mengen weiter eingeführt werde, weil die Minderbemittelten das deutsche Rindfleisch nicht bezahlen könnten.

Bergmann wies ferner sachgemäß nach, daß weder die Landwirtschaft noch das Gewerbe durch die Einfuhr von Gefrierfleisch gefährdet werde. Die freien Gewerbe hätten z. B. in Hamburg zwei Drittel des Gefrierfleisches vertrieben, die Genossenschaften hätten nur ein Drittel. Im Reich liege das Verhältnis 6 zu 1. Es gäbe eben in Deutschland eine große Menge Leute, die heute noch Schweinefleisch noch Rindfleisch kaufen könnten. Die Stel-

lung der landwirtschaftlichen Vertreter sei sonderbar. Wenn es sich um ausländische Arbeitsträfte handelte, so könnten sie dieses Kontingent nicht groß genug bekommen, solle aber ein kleines Quantum Fleisch für die ärmsten Volksgenossen herbeigebracht werden, so sei den Landwirten auch das wenigste Kontingent noch zu groß. Dann ironisierte Bergmann Herrn Schneidewind, wegen dessen phantastisch billigen Fett- und Wurstpreisen und fragte unter stürmischer Zustimmung der Linken, wo es denn diese ausgezeichnete Ware so billig gäbe. Das sozialdemokratische Organ in Köln solle doch die Erwerbslosen und Mobilitätsempfänger auffordern, samt und sonders ihren Bedarf an Wurst zu 20 Pfennig bei Herrn Metzgermeister Schneidewind einzukaufen. Heute kauften diese arme Leute Lunge und Kalbdaunen, die in Hamburg früher nur als Hundemittel verwendet worden seien. Man rede immer von vermehrten Konsumenten und denke dabei an die Erwerbslosen. Was soll es denn heißen, zu beantragen, die Erwerbslosenunterstützung in Lebensmitteln zu gewähren.

Glaubt denn jemand, die Erwerbslosen kaufen von ihren Renten etwa Brillanten?

Die ganze Rente ginge doch für Nahrungsmittel drauf, und nicht einmal für Miete bleibe etwas übrig.

Der Wirtschaftsparteiler Freese ludte seinen Kollegen Schneidewind herauszureden, aber er redete ihn nur noch mehr hinein. Stürmische Heiterkeit gab es, als Freese zweimal ausrief: „Wir wollen doch endlich einmal ehrlich sein.“ Die Linke applaudierte zu diesem lächlichen Entschluß. Dann ergriff der billige Herr Schneidewind noch, daß selbst Volksfleisch in Köln billiger Gefrierfleisch bekommen haben. Er schenke die Schuld für Millionen zu halten, der ein billiges Fleischgericht nicht zu können ist. Seine Wurstpreise, die er eine halbe Stunde vorher mit 20 Pfennig angepreiselt hat, erhöhte er allerdings in seiner zweiten Rede auf 30 Pfennig. Das Haus nahm wieder die Preis noch Herrn Schneidewind ernst.

Der Zentrumsabgeordnete Schlad gab sich noch die Mühe, in ein paar Sätzen nachzuweisen, daß der Gefrierfleischimport im Verhältnis zum Gesamtverbrauch gar keine Rolle spiele, und von Millionen gewiss nicht die Rede sein könne.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf auf zollfreie Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Die Kommunisten versuchten ein besonderes parteipolitisches Geschäftchen zu machen, indem sie ein Kontingent von 120 000 Tonnen Gefrierfleisch verlangten. Sie wissen ganz genau, daß die gegenwärtige Regierung ein solches Gesetz nicht hinnehmen wird. Der Antrag ist also überflüssig und schädlich. Immerhin hatten die Kommunisten folio Verzicht, für den sozialdemokratischen Gesetzentwurf zu stimmen. Es bleibt also

das Verdienst der Sozialdemokratie.

wenn nun in Deutschland wieder billiges Gefrierfleisch für die Minderbemittelten herbeigebracht wird. Ein kommunistischer Antrag, eine Aktion zur Verbilligung von Frischfleisch herbeizuführen, wurde auch mit den Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Er würde mindestens einen Aufwand von 50 Millionen erfordern, wofür augenblicklich keine Mittel da sind, und keinesfalls den gewünschten Zweck haben.

Die Sitzung wurde dann auf Mittwoch 3 Uhr vertagt.

Sozialdemokratie und Reichsregierung

DD. Berlin, 3. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Dienstag Abend eine Sitzung ab, in der Dr. Breitscheid über die Verhandlungen der Parteiführer mit Reichsminister Dr. Brüning berichtete. Die Fraktion ermächtigte ihre Beauftragten, die Verhandlungen fortzusetzen, die, wie das DD-Büro hört, noch einige Tage in Anspruch nehmen dürften.

Der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheit zwischen Sozialdemokraten und Reichsregierung ist weiter das umstrittene Panzerschiff B. Der Reichskanzler hat heute Abend erneut mit den sozialdemokratischen Führern verhandelt. Er hatte außerdem eine Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns, und schließlich hat auch noch eine mehr private Unterredung zwischen einzelnen Persönlichkeiten des Zentrums und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattgefunden.

Die Gegenforderungen, die die Sozialdemokraten gestellt haben, bestehen sich auf Steuerzuschüsse für die höheren Einkommen und Verbänden entsprechend den sozialdemokratischen Ausführenträgen, ferner auf eine Einstellung der Lohnbaupolitik und drittens auf eine Erklärung, daß an dem gegenwärtigen Stand des Sozialversicherungsweus unter keinen Umständen etwas geändert wird.

Wie das Reichsgericht entscheidet

DD. Berlin, 3. März. Das Reichsgericht hat, wie der nationalsozialistische Kurier mittelt, auf die Beschwerde des Klages wegen des Verbots durch Polizeipräsident Grefenkin entschieden, daß das Verbot unrechtmäßig ist.

Reichsaußenminister Curtius in Wien

Wien, 3. März. Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Bänder in Vertretung des Reichskanzlers sind heute vormittag zu ihrem dreitägigen Besuch in Wien eingetroffen.

Mittags empfing Bundespräsident Miklas den deutschen Außenminister. Später machten Dr. Curtius und Staatssekretär Bänder dem Bundeskanzler Ender ihren Besuch und dann dem Vizekanzler Dr. Schöber. Dabei wurde in einer eingehenden Aussprache die allgemeine Lage erörtert. Die Aussprache ergab, wie mitgeteilt wird, sowohl in den allgemeinen wie in den Einzelfragen vollste Einmütigkeit der beiderseitigen Auffassungen. An dieses Thema schloß sich dann die Erörterung der wirtschaftlichen Angelegenheiten. In diesem Zusammenhang wurden auch die Fragen, die seit der Vollversammlung des Völkereubens im Herbst 1930 zur Diskussion stehen, mit besonderer Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Situation Deutschlands und Österreichs und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zueinander und den übrigen europäischen Staaten eingehend durchgesprochen.

Bei einem Abendbankett wurden herzliche Ansprachen gehalten.

Französische Sozialdemokratie fordert Gleichberechtigung Deutschlands

Paris, 3. März. (Via. Drabt.) In ihrer unermüdeten Budgetdebatte ist die französische Kammer bei dem Budget des auswärtigen Amtes angelangt. Den Auftakt zur Generaldebatte bildete der Bericht des radikalen Abgeordneten Paganon. Die Lage Europas, so erklärte der Berichterstatter, sei von zahlreichen Unbekannten beeinflusst. Im besten Interesse Frankreichs sei es notwendig, neben den erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen die Gelegenheiten zur internationalen Verständigung zu vervielfältigen und die Politik der solidarischen Zusammenarbeit zu fördern.

Als erster Diskussionsredner beschwerte sich der kommunistische Abgeordnete Cadin darüber, daß die kapitalistischen Mächte immer wieder Rußland einschließen versuchten. Briand antwortete mit einer Handbewegung und der kurzen Bemerkung, er könne nicht recht glauben, daß die Sowjets ernstlich an Verfolgungswahn litten.

Anschließend unternahm der sozialistische Abg. Grumbach einen Vorstoß gegen die jüngsten Erklärungen des Kriegsministers Maginot. In seiner Budgetrede habe Maginot erklärt, daß Deutschland „der Angreifer“ im Weltkrieg unbedingt stärker abrüsten müsse, als alle anderen Mächte. Wenn er, Grumbach, auch der Ansicht sei, daß die kaiserliche Regierung von 1914 eine schwere Verantwortung am Ausbruch des Krieges trage, so halte er es doch für einen

großen Fehler, daß der Verfall der Vertrag die Allein Schuld Deutschlands festlegen

versucht habe. Daber stammten die ewigen Diskussionen in Deutschland, und daher sei auch der Ausdruck „Angreifer“, den heute, 12 Jahre nach Kriegsende Maginot gebraucht habe, aufs höchste unangebracht. Darüber hinaus aber sei es

unrecht, Deutschland ewig im Zustande der Ungleichheit halten zu wollen.

Deutschland müsse die Hoffnung auf Gleichberechtigung erhalten, denn Frankreich habe die unbedingte Pflicht, mit einem Programm entsprechend Rüstungsbeschränkungen auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes zu erscheinen.

Briand erklärte, daß Maginot bisher in allen Vorbereitungen zur Abrüstung ehrlich und aufrichtig mitgearbeitet habe und daß die Regierung sich über die Abrüstungspolitik völlig einig sei, so daß auch Maginot den Erfolgsaussichten der Abrüstungskonferenz kein Hindernis in den Weg lege.

Der nationalsozialistische Abg. Vöhringer forderte von Briand nähere Erklärungen über das englisch-französisch-italienische Flottenabkommen. Kurz und energisch weigerte sich Briand, auf diese Frage überhaupt zu antworten. Er erklärte lediglich, daß alle drei Regierungen von dem Abkommen befriedigt seien.

Der patriotische Abgeordnete Franklin Bouillon leitete die Nachmittagsitzung mit seinem üblichen Vorstoß gegen Briands Verständigungspolitik ein, die nichts anderes sei als Lüge und Heuchelei. Deutschlands schlechter Wille habe sich in den letzten Monaten noch verschärft. Unter den augenblicklichen Umständen laufe die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf die Verdrängung Polens hinaus.

Abg. Briand noch: Zwischen Frankreich und Deutschland

musse die Annäherung vollzogen werden und der Sieger sei gerade derjenige, der für diese Geiste qualifiziert sei. Bei dem Ergebnis der deutschen Wahlen sei er wohl gezwungen gewesen, über die Geschehen seiner Politik nachzudenken, doch müsse gerade in solchen Augenblicken ein Staatsmann seinen Mann stehen. Die französischen Grenzen seien konsolidiert, da sie feierlich von Deutschland anerkannt wurden. Frankreich habe seinerseits auf den Krieg als notwendiges Mittel verzichtet. Zur kommenden Abrüstungskonferenz erklärte er, daß Frankreich auf dieser Konferenz mit seiner ganzen Autorität auftreten werde. Der Vertreter Deutschlands verlange zwar bei beratenden Zusammenkünften das Höchstmögliche, doch erhalte dann ja auch der Vertreter Frankreichs das Wort. Die Deutschen hätten gewollt, daß sie eine Regierung beständen, die wisse, was sie wolle, und die wirklich auf die Annäherung eingestellt sei. Das französisch-italienische Flottenabkommen bezeichnete Briand als eines der Elemente der Friedenspolitik und hob die herzliche Freundschaft und Dankbarkeit Frankreichs gegenüber Italien, das sein Blut mit dem Frankreichs vermisch habe, hervor.

Das Dritte Reich auf der Flucht

Die Saalschlacht in Müllheim

Aus dem Oberland wird uns geschrieben: Müllheim wird nachgerade berühmt. Vor wenigen Wochen erst wurde dort in einer öffentlichen Versammlung, in der Genosse Minister Dr. Kemme sprach, von den Salentkrenzern derart abgebrochen werden mußte. Es entwickelte sich dann jener Vorgang, der infolge des Abnehmens des Müller-Liedes den ehemaligen Pfarrer Teufel und einige andere Gutadel vor den Strafrichter brachten und ihre Bestrafung verurteilten. Um den Salentkrenzern von Müllheim und Umgebung zu zeigen, daß solche Versammlungsversuche nicht unbestraft bleiben werden, berief die Partei auf Samstagabend in die Festhalle erneut eine Volksversammlung.

Die Festhalle war auf Befehl Referent für den Abend war Genosse Reinhold, Mannheim. Er sprach über die Weltwirtschaftskrisis, das Reparationsproblem und daran anschließend über das ausmachende Programm der Nationalsozialisten und vor allem über den größten Schandakt des Naziprogramms, die Bedrohung der Einheitsfront. Seine Ausführungen wurden mit von hundertem Beifall unterbrochen. Während des ersten Teils seiner Ausführungen rüdten die Salentkrenzler, auf Lastwagen von Freiburg befördert, etwa in der Zahl von 80 bis 100 Leuten, in den Saal ein, wobei sie sich allerdings mit Schlägen begnügen mußten.

Das Schauspiel der Versammlungsprekation sollte sich also wiederholen. Sie hatten aber nicht damit gerechnet, daß von Seiten der Partei ebenfalls die notwendigen Vorkehrungen getroffen waren. Die Ausführungen des Genossen Reinhold hörten sie im allgemeinen ruhig an, obwohl derselbe in direktem Anruf auf die niedrige Meinung der ganzen Nazibewegung einwirkte und sie bis auf die Knochen blamierte. Als er feststellte, daß wenn es eine Schande wäre, Müllerburische gewesen zu sein, doch sicher das gleiche auch auf sie zu treffen werde auf einen Anreißer geschritten, wie es Adolf Hitler war. Schlag auf Schlag kassierten so die Hiebe auf die Nazis nieder.

In das Referat schloß sich freie Aussprache an. Als erster Diskussionsredner belam der Nazi Trüßler aus Freiburg das Wort. Er politerte in der bekannten Nazimasse gegen die Sozialdemokratie los und benützte dabei die gemeinen Beschimpfungen. Es baute nur so von Ausbrüden, wie Konen und Wönschen, die sich in den letzten 12 Jahren laugezogen hatten. Mit von Entrüstungsgeschreien unterbrochen, überließ ihm die Versammlungsleitung die suachandene Redezeit und noch etwas darüber. Als er aber noch Klang der Redezeit nicht abtreten wollte, wurde ihm etwas nachgeholfen, daß er auf einen etwas anderen Weg, wie es sonst im allgemeinen üblich ist, die Stufen von der Rednertribüne hinunter kam. Diesen Moment hielten wohl die Nazis für geeignet, nunmehr mit der Saalschlacht zu beginnen. Sie hatten sich aber verrecknet. Die Schußabteilung des Reichsbanners von Freiburg und Müllheim schlug die am Anruf übergehenden Nazis mit wuchtigen Hieben an die Eingangsseite zurück und die inzwischen eingreifende Polizei und Gendarmerie half noch kräftig mit dem Gummischild nach. In etwa acht Minuten war das ganze Salentkrenzergesindel zur Festhalle hinausgeworfen. Das dabei mehr wie ein Dutzend Stühle auseinander gingen, wurde schließlich mit in Kauf genommen werden. Nun ergab sich das Größte: Der Nazidiskussionsredner Trüßler aus Freiburg, der sich während seiner Diskussionsrede nicht froch genug benehmen konnte, kam mit schwer ausgerüstetem Kopf zur Versammlungsleitung und begab sich ganz heimlich unter deren Schutz, welcher ihm auch bereitwillig gewährt wurde. Das Privatimmum, das ihm für das zukünftige Verhalten im politischen Leben von dem Genossen Reinhold gehalten wurde, dürfte vielleicht künftighin doch nicht ohne Einfluß auf ihn bleiben.

Seine tapferen Salentkrenzler hatten ihn schließlich im Stiche gelassen.

so daß er nachher unter Begleitung eines Gendarmen sich auf die Suche nach seinen Leuten begeben mußte.

An der weiteren Fortführung der Versammlung änderte sich durch die Saalschlacht nichts. Nachdem gesäubert war, wurden die Stühle wieder in Reihen gestellt und der zweite Diskussionsredner, ein Erwerbsloser aus Müllheim, erhielt das Wort und beschwerte sich bitter über das niederträchtige Verhalten der Müllheimer Nazis gegenüber den Erwerbslosen in Müllheim. Der dritte gemeldete Diskussionsredner war mit dem Dritten Reich während der Saalschlacht durchgebrannt. Mit einer sündenden Schlußansprache des Referenten nahm so die Müllheimer Versammlung einen glänzenden Verlauf. Die Nazis aber werden wohl die Lehre daraus gezogen haben, daß es mit dem Dritten Reich noch eine gute Weile hat.

Auch die zweite Schlacht verloren

Das Salentkrenzbanner wird ihnen auf der Straße durch Reichsbannerleute entzissen

Bringen am Kaiserstuhl, ein bekannter Weinort. Die Bevölkerung zum größten Teil fanatisierte Nazis. Die Partei hatte auf Sonntag nachmittags halb 3 Uhr eine Volksversammlung in den Saal des Gasthauses „Zum Kaiserstuhl“ einberufen. Referent Gen. Reinhold, Mannheim. Um 2 Uhr war der Saal bereits besetzt. Ein hartes Drittel waren Nazis. Mit grünen Gesichtern saßen sie da und hofften zweifelsohne, die am Vorabend in Müllheim erlittene Schlappe unter Führung des Nazidiktators Walter von Freiburg auszuweichen zu können. Auf einmal ertönte ein lautes und hinausgehenden zum Fenster. Was war geschehen? Die Freiburgauer Schufa des Reichsbanners kam in drei Lastwagen angefahren und marschierten in den Versammlungsraum, in demselben allerdings nur wenig Platz findend, und so den ganzen Treppenaufgang zum Saal Mann an Mann dicht besetzt. Die Nazis, die zu dem Zweck gekommen waren, die Versammlung zu sprengen, waren so wie in einer Mausefalle eingeschlossen.

Da tat der Nazidiktator aus Freiburg das Feinste, was es gab, aber schließlich unter der obwaltenden Situation doch das Klügste, er forderte seine Anhänger auf, mit ihm das Lokal zu verlassen und in den „Engel“ zu gehen, da dort jetzt eine Naziversammlung eröffnet werde. Gröhend und heulend sogen die Hitlerjünglinge ab, wobei es allerdings äußerster Disziplin bedurfte, um ihr Zusammenhalten durch die anwesenden Republikaner zu verhindern. Insbesondere als noch bekannt wurde, daß sie beim Einrücken der Schufa den letzten paar Leuten noch Verleumdungen mit Latenstücken beibrachten hatten. Nach dem Abzug der Nazis war der Versammlungsraum sofort wieder kuppelartig besetzt. Genosse Reinhold hielt eine sündende Ansprache für die Fortführung der begonnenen republikanischen Abwehrbewegung.

In der Annahme, daß die Salentkrenzler zu einem neuen Sturm ansetzen werden und sich eine Straßenschlacht entwickeln könnte, wurde inzwischen die Gendarmerie von Breisach alarmiert. Die Annahme war richtig. Etwa eine Stunde nach ihrem Auszug aus dem Versammlungslokal

nahmen sie in Marschkolonnen mit einer riesengroßen Salentkrenzschlabe auf das Versammlungslokal zu, um da einen Sturmangriff zu beginnen. Sie waren allerdings sehr verunsichert, auf einmal auf die Staatsgewalt zu stoßen. Im Handumdrehen hatten ein paar beherste Parteifreunde ihnen

die Fahne entzissen und brachten sie unter ungeheurem Jubel der Versammlungsteilnehmer in das Versammlungslokal.

So verloren die Salentkrenzler die zweite Schlacht in Bringen und dazu noch, was wohl für einen Nazi das Schlimmste ist, ihr Kampfbanner. Gegen Abend fuhr dann die Schufabteilung in dem freudigen Empfinden, wiederum eine Schlacht gewonnen zu haben, nach Freiburg zurück und die Salentkrenzler können mit ihren verbündeten Köpfen nunmehr auf das Ergebnis einer fast zweitägigen Aktion mit großem Kobenhammer zurückblicken.

Die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden

Aus dem Reichstagsprotokoll des Landtags schreibt man uns: Am Dienstag, 3. März, besprach der Ausschuss die seit November 1929 vorliegende Denkschrift der Regierung über die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse, die ein übersichtliches Bild gibt über die ungeheure Verschlechterung, die wir in Baden haben. Man spricht von uns als dem typischen Lande des Parzellenbetriebes denn man zählte 1925 nicht weniger als 154 607 Parzellenbetriebe unter 2 Hektar. In Bayern kommen auf einen Betrieb im Durchschnitt 8,6 Hektar Besäfläche, in Württemberg 6,8, in Baden aber nur 4,6 Hektar. In der Gemeinde Fischolsheim im Bezirk Adelsheim z. B. weist ein Betrieb nicht weniger als 157 Grundstücke auf.

Der Ausschuss, dessen Berichterstatter Abg. Haas (Zentrum) war, sprach sich für eine Erhöhung der sogenannten Anteilbarkeitsgrenze über 9 Hektar hinaus aus. Dem trat auch der sozialdemokratische Redner bei, welcher auf die Unrentabilität des Parzellenbetriebes hinwies. Deswegen seien sehr viele Landbewohner zur Industrie abgewandert.

Die Feldbereinigung In Verbindung mit der erwähnten Denkschrift steht der jetzt gleichherweise dem Landtag vorliegende Gesetzentwurf über die Feldbereinigung. Diese ist in den letzten Jahren nur in geringem Umfang durchgeführt worden; sie ist eben eine Frage der Kosten. Der badische Staat will sich an diesen Kosten bis auf ein Drittel beteiligen. Armen Gemeinden kann der Finanzminister den Anteil des Staates an den Bereinigungskosten bis auf zwei Drittel erhöhen. Die übrigen Kosten sind auf die beteiligten Grundbesitzer umzulagen. Durch Vereinfachung der Vermessungsarbeiten lassen sich die Kosten auf 1/5 für den Hektar herabsetzen.

Zu der Vorlage hat die Zentrumstraktion mehrere Anträge eingebracht, die sich auf Einzelbestimmungen beziehen. Die Landwirtschaftskammer machte in einer längeren Eingabe gleichfalls Vorschläge für Abänderung der Vorlage. Sie erkennt die bessere Regelung der Kostenfrage als Fortschritt an, hat aber sonst an der Vorlage manches auszusetzen. — Die Regierung wies die erhobenen Vorwürfe zurück. Man könnte in Baden mit einer Feldbereinigungsstelle auskommen; die Landwirtschaftskammer hat 2-4 solcher Stellen beantragt.

Beachtenswert ist auch die Bestimmung der Vorlage, daß jeder Eigentümer verpflichtet ist, Arbeiten, die zur Vorbereitung und Durchführung einer Feldbereinigung notwendig sind, auf seinem Grundstück gegen Entgelt des dadurch verursachten Schadens auszuführen zu lassen. — Dagegen bürden sich die Verfahren ohne die Zustimmung des Eigentümers nicht einbringen werden; Hausgrundstücke, Gärten, Baumgärten und Grundstücke, die zu einem geschlossenen Weid- oder Rebengebiet gehören.

Kampffanfanen gegen Faschismus

Massenkundgebung in Berlin

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Montagabend in dem größten Saale Berlins, dem Sportpalast, eine mächtige Kundgebung gegen Gewalt und Faschismus. Der große Saal des Sportpalastes mußte wegen Ueberfüllung schon lange vor Beginn der Kundgebung polizeilich geschlossen werden. Als Redner waren der italienische Enklatant Pietro Nenni, Abramowitsch (Kußland) und der Vorsitzende der deutschen sozialdemokratischen Partei Otto Wels aufgetreten.

Pietro Nenni-Italien

schilderte die Entstehung des Faschismus in Italien, indem er u. a. ausführte: Die Bourgeoisie nahm die Propaganda des Schreiers Mussolini nicht ernst, genau so wenig, wie die deutschen Kohlenbarone an der Ruhr, die antikapitalistischen Deflationen Hitlers für bare Münze nahmen. Das kapitalistische Bürgertum wußte, daß Mussolini der Träger ihres Klassenbewußtseins sein würde und nur die „altgewordenen Nachfolger von Karl Marx“ bekämpfen Mussolini. So sammelte er Bürgerjähne und junge Bauern, Desaffilierte und Abenteuerer, Landsknechte des 20. Jahrhunderts, die unter der Fahne des Nationalismus

Abramowitsch-Kußland

schilderte die Zustände im Reiche des Bolschewismus und stellte nach dem Zeugnis eines sowjetfreundlichen Journalisten der New York Times fest, daß sich von den ehemals eingetragenen zwei Millionen Menschen heute noch eine Million in den Konzentrationslagern befinden. Der alte Jaremski sei nicht so schlimm als der

Immunistische Jarisimus.

Die kommunistische Inquisition wolle die russische Sozialdemokratie moralisch und physisch vernichten. Aber es gebe ein höheres Gericht, als das oberste Gericht der Sowjetrepublik, das zur Zeit wieder in Moskau gegen 14 „sewelen Sozialdemokraten“ verhandelt. Das sei das Gericht der internationalen Arbeiterklasse. Hier gewinne die russische Sozialdemokratie den Prozeß, wenn auch die 14 armen und erpressten Menschen in Moskau verurteilt würden.

Otto Wels

der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, führte aus: „Faschismus und Bolschewismus werden die Arbeiterklasse zurück. Unser Kampf gegen den Faschismus, der nach dem 14. September in ganz Deutschland geführt wird, verläuft unter anderem Umkehrmilien. Wir wissen, was wir der deutschen Demokratie schulden sind. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß wir durch ihre Erhaltung der Arbeiterklasse dienen. (Neue stürmische Zustimmung.) Sorgen wir, daß der Auszug der Nationalsozialisten

Das Flottenabkommen

Als Inhalt des französisch-italienischen Flottenabkommens teilt das Giornale d'Italia folgendes mit: 1. Minderung der Flottenvermögen und Verlangsamung der Schiffsbauten beider Länder, 2. Gleichwertigkeit der Schiffarten, nicht also gleiche Anzahl der Schiffstonsen bei beiden Ländern im Flottenprogramm bis 1936, 3. Rüstungspause zwischen Frankreich und Italien insofern, als die Flotten nicht vermehrt, sondern nur nach den bereits vorliegenden Programmen ausgebaut werden sollen, 4. steigende Tendenz zur Herabdrückung der gesamten Zahlen und Schiffstonsen, 5. Verzichtung aller anderen Fragen, d. h. vor allem des Prinzips der Gleichheit der Flottenstärke bis Ende 1936. Die italienische Presse seht sich von der Annahme des Abkommens durch die französische Regierung ungemein befreidat und findet plözlich viel Lob für die Haltung Frankreichs.

Einigung in der Salzfrage in Indien

Neu Delhi, 3. März. Wie gemeldet wird, wurde zwischen Gandhi und dem Schatzkanzler George S. Hughes eine endgültige Einigung in der Frage des Salzmonopols erzielt.

Der neue Terrorprozeß in Sowjetrußland

Moskau, 3. März. (Tel.-Agentur der Sowjetunion.) Nach dem Verhör der Angeklagten ergab das Gericht zu eingehender Prüfung der Tätigkeit des Auslandsbüros über. Der Staatsanwalt gab die Erklärung der Auslandsdelegation des Zentralkomitees der Menschewiken bekannt, wonach die Angeklagten nicht Mitglieder des Auslandsbüros seien, daß sie vielmehr Provokateure seien oder daß ihre Auslagen mit Gewalt erzwungen wären.

Fahnenkreuz wünscht sozialdemokratische Spaltung

Der nationalsozialistische Führer wünscht, daß es in der Sozialdemokratie zu ähnlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen kommt, wie in der Nationalsozialistischen Partei. Er bringt deshalb eine Alarmnachricht aus Berlin über „Spaltung der Sozialdemokratischen Partei und Gründung der USP-Partei.“ Daß seine ganze Meldung aus den Fingern gejogen ist, geht schon daraus hervor, daß er einmal davon spricht, „marxistische Juden den verhaften, eventuell den Gedanken einer neuen US-Gründung zu verwirklichen und ein anderes Mal erklärt, „es würde aber sicher sein, daß die Herren Herrmann Müller, Löbe, Breitscheid usw. sich gegenüber den „kleinen Bonzen“ aus der Provinz durchsetzen“ werden. Also einmal sind es „marxistische Juden“, die sich gegen die Partei auflehnen würden, ein andermal sollen die gleichen Gruppen „kleine Bonzen“ sein, denen der Kurs nicht recht ist. Wie es eben den Herren vom Fahnenkreuz gerade gefällt. Selbstverständlich ist an der Meldung kein wahres Wort.

Reichsindexziffer

Das Reichstatistische Amt teilt mit: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) belief sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Februar auf 138,8 gegenüber 140,4 im Vormonat. Sie somit um 1,1 v. H. zurückgegangen.

Brandisweise ist ein Zeichen

wenn nach einem rasenden Aufstieg ein Stillstand kommt, dann acht es heraus. Faschismus und Bolschewismus sind verbunden. Am 25. Februar ab es, als Moskaubüros der Partei zu einem Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit folgten, in Leipzig tote und verendete Arbeiter. Am 26. Februar fuhrten Deutschlands Industriearbeiter nach Moskau.

Gleichzeitig begann der Prozeß gegen die Genossen von der russischen Sozialdemokratie. Zu dem neuen Schandling, und Schanddelozeß, der darauf hinausläuft, die russische Sozialdemokratie und mit ihr zugleich die sozialistische Internationale, in ihr vor allem aber die deutsche Sozialdemokratie, zu infamieren, hat der deutsche Parteivorstand in bereits in der gesamten Presse eine Erklärung erlassen. Ich bemerke: Bisher ist es

dem Sozialdemokratischen Pressebüro und dem Parteivorstand nicht möglich gewesen, die Genehmigung der Sowjetregierung zu erlangen, Korrespondenten nach Sowjetrußland zu entsenden. Zur Zeit werden dagegen die Vertreter der deutschen Schwerindustrie, die Herren von Borja, Roessgen, mit größten Ehren in Rußland empfangen. Die Leute, denen die deutschen Kommunisten den schwersten Kampf androhen, sind

Gäste der russischen Gewaltfabrik. Wir verzichten auf solchen Empfang und das fällt uns nicht schwer. Aber ich erkläre hiermit vor aller Welt im Namen aller Mitglieder der Sozialdemokratischen Parteivorstands:

„An dem Lügengebäude der verkommenen sowjetrussischen Sozialdemokratie, die gegen die russische Sozialdemokratie anemwärtig am Werke sind, ist kein wahres Wort.“

Wir sind bereit, wie es im internationalen Rechtsverfahren durchaus möglich ist, uns vor jedem deutschen Gericht zu dem ganzen Fragenkomplex unter Eid in vollem Bewußtsein unserer Parteipflicht zu äußern. Die Männer, die den sozialdemokratischen Parteivorstand bilden, bieten der Weltöffentlichkeit sicherlich eine Garantie für die Wahrheit ihrer Erklärung, als die wir Kauf oder Terror gepredigten Zeugen der russischen Kulis werden weiterhin das Auswärtige Amt ersuchen, durch die deutsche Vertretung in Moskau der russischen Regierung von dieser unehrenhaften Erklärung Kenntnis zu geben. (Stürmische Zustimmung.) In dem Prozeß, der gegenwärtig in Moskau geführt wird, werden die bolschewistischen Diktatoren Lage und Verhältnisse der Arbeiterklasse, unbekümmert darum, daß der verbrecherische Anschlag man klar ist. Wievielst lobet man die

Herren Borja, Koettgen in eine Ehrenlose als Zuschauer ein. Die Herren werden ihre Freunde daran wie sie, die den Nationalsozialisten ihre Unterstützung selbst den Bolschewisten gegen Sozialdemokraten vorsetzen sehen. Aber die Klänge werden leiser an der internationalen Sozialdemokratie, die für Freiheit und Recht kämpft. (Stürmischer Beifall.)

Gewerkschaftsbewegung

Die Textilarbeiter des Albtals protestieren

In Besessungssammlungen und Konferenzen haben die Textilarbeiter des Albtals gegen den vom stellvertretenden Landesobergewerksrat Hanewinkel gefällten Schiedspruch Stellung genommen. Die unerhörte Lohnreduzierung, die weder wirtschaftlich noch sozial berechtigt ist, löste flammenden Protest aus. Die Abzüge von 2-7 % pro Stunde bei Stundenlöhnen von 63 und 60 Pf. bei männlichen über 25 Jahre alten Arbeitern und 45 Pf. bei weiblichen über 25 Jahre, sind untragbar. Durch die enorme Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit bereits so verarmt, das das Elend undschreiblich wird, besonders bei Familienernährern. Die Stimmung derart, das das Schlimmste zu befürchten war, war die Stimmung derart, das das Schlimmste zu befürchten war, das die Kollase ist wirklich groß. Der Schiedspruch ist dieserhalb abgelehnt und wurde einstimmig abgelehnt.

Die Gewerkschaften wurden bevollmächtigt, alle ihnen erforderlichen Mittel zu übernehmen, um bei einer eventuell durch die Arbeitgeber beantragten Verbindlichkeitsklärung eine Ermäßigung der Abzüge zu erwirken. Da bereits in den Betrieben die Abzüge 20-30 Prozent reduziert wurden und durch die unqualifizierte Arbeitsweise das Beste an Arbeitskraft aus den Arbeitern und Arbeiterinnen herausgeholt wird, sind die Abzüge um so unerträglicher. Nicht unerwähnt gelassen werden soll, das die Lohnsenker der Kollase der Zeit und der Wirtschaft sowie der einzelnen Betrieben Rechnung tragen wissen wollten. Das Komak, das durch den Schiedspruch angenommen wurde, ist aber generell verurteilt worden. Folgende

Entschlüsse

Die Besessungssammlungen der Textilbetriebe des Albtals haben von dem Schiedspruch des stellvertretenden Landesobergewerksrats Obergewerksrat Hanewinkel, Karlsruhe, Kenntnis genommen. Sie erheben gegen die vorerwähnte Lohnreduzierung scharfen Protest. Eine solche Maßnahme sei von wirtschaftlichem und sozialem Unverstand. Von wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten aus gesehen, führen solche Maßnahmen zum Untergang von Arbeiterkraft und Wirtschaft. Doppelte Arbeitsleistung und Senkung der Lohnsumme sind keine Mittel, um die Arbeiterkraft zum notwendigen wirtschaftlichen und staatlichen Aufbau anzuspornen. Wenn Staat und Wirtschaft dadurch gebildet werden sollen, das man bei den sich hier niederen Löhnen der Textilarbeiter noch 1-2 Prozent abkürzt, so glauben wir nicht mehr an den Ausfall und an eine gesunde Staatswirtschaft. Der Schiedspruch ist unannehmbar und für die Arbeiterkraft des Albtals untragbar. Die Arbeiterkraft beauftragt die Gewerkschaften, alles zu unternehmen, um eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs zu verhindern. Trotz ihrer Kollase ist sie gewillt, den Kampf um Menschenrechte und Existenz mit allen arbeitsrechtlichen Mitteln durchzuführen.

Schiedspruch im badischen Damenschneidergewerbe

Freiburg i. B., 3. März. Vom Schlichtungsausschuss Freiburg wurde heute ein einstimmiger Schiedspruch gefällig, der eine Lohn-

senkung von 6 Prozent für das badische Damenschneidergewerbe vorsteht. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 11. März 1931. Die Neuregelung soll bis zum 30. September 1931 unfindbar sein.

Entlassungen im polnisch-oberschlesischen Kohlengebiet

Kattowitz, 2. März. Im Kohlenbezirk von polnisch-oberschlesien stehen neue Arbeiterentlassungen bevor. Zahlreiche große Gruben, darunter der Donnersmarkt-Konzern haben umfangreiche Entlassungen beantragt. Teilweise beabsichtigen die Werke 50 Prozent ihrer Gesamtbeschäftigung zu kündigen. Insgesamt werden mehrere Tausend Arbeiter von den Maßnahmen betroffen werden. Die Plebsgruben fordern u. a. die Schließung der Grube Alexander I. Dadurch würden weitere 1000 Arbeiter hinfällig.

Kurzarbeitsabkommen in der chemischen Industrie Mitteldeutschlands

Halle a. S., 2. März. In freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern wurde am Samstag ein Kurzarbeitsabkommen für die chemische Industrie Mitteldeutschlands (Sektion Bb, umfassend die Gebiete Provinz Sachsen, Anhalt, Thüringen) mit Geltung bis zum 30. September getroffen. Die Kündigungsfrist zur Einführung von Kurzarbeit mit Gehaltskürzung beträgt vier Wochen, und zwar immer zum Monatsersten. Das neue Abkommen ist bereits mit dem 1. März in Kraft getreten. Die Werksbetriebe haben auf Grund einer neuen Vereinbarung die Kurzarbeit für Angestellte in Form einer wöchentlichen Teierpflicht unter entsprechender Gehaltskürzung eingeführt.

Lohnbewegung bei der Reichsbahn

Am Sonntag tagte in Dresden der Bezirksvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands für den Reichsbahndirektionsbezirk Dresden (Sachsen) und beschloß sich u. a. auch mit der von der Reichsbahnverwaltung ebrlin erfolgten Aufhebung der Lohnbestimmungen. Nach einem umfassenden Referat des Verbandsvorstandes - Reichstagsabgeordneter Franz Scheffel, Berlin - brachte der Bezirksvorstand einstimmig zum Ausdruck, das die Eisenbahner bereit sind, mit allen Kräften die Organisation im Abwehrkampf gegen die von der Reichsbahn geplanten Lohnabsenkungen zu unterstützen.

Die an der Konferenz beteiligten Geschäftsführer der großen Ortsgruppen im Verbandsbezirk in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Reichenbach i. L., Riesa, Wurzen, Plauenischer Grund, Zittau und Riesaerwerda betonten in der Aussprache, das es nötig untragbar wäre, eine weitere Lohnverminderung insbesondere für die schlechtbezahlten Arbeitergruppen in Kauf zu nehmen. Die örtlichen Organisationen seien sich dessen bewußt, das die Reichsbahn einen hartnäckigen Kampf um die Lohnherabsetzung führen wolle und gerade deshalb werden die Eisenbahner dafür sorgen, den kommenden Auseinandersetzungen gerüstet gegenüber zu stehen.

Berlin, 3. März. Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn haben heute begonnen. Die deutsche Reichsbahn hat vorgeschlagen, den Stundenlohn um 7 Pf. allgemein zu senken. Dies bedeutet für die Arbeiter der mittleren Lohngruppe im mittleren Lohngebiet eine durchschnittliche Ermäßigung um etwa 10-11 Prozent. Die Gewerkschaften haben sich ihre Stellungnahme vorbehalten. Die Verhandlungen werden am 10. März fortgesetzt.

Partei-Nachrichten

Wahheim. Vergangenen Samstag hatten sich in der „Krone“ eine Anzahl Parteifreunde zusammengefunden, um im Beisein des Gewerkschaftssekretärs Trinks über die Gründung einer Ortsgruppe der Sozialdem. Partei zu beraten. Diese Besprechung hatte das Ergebnis, das alle Anwesenden der Partei beitreten. Unser „Kronen“- und Vereinslokal ist die „Krone“. Dabeist liegt auch der Volksfreund auf.

Von Mittwoch, 11. bis Dienstag, 17. März, findet in Karlsruhe in der Hebelstraße ein

Referentenkurs

der von Genosse Rudolph Weimar geleitet wird.

Der Unterricht beginnt jeweils pünktlich jeden Abend um halb 8 Uhr und dauert bis 10 Uhr. Samstag, 14. März, beginnt der Unterricht bereits mittags 5 Uhr und dauert bis abends 10 Uhr, für Samstag, 15. März, ist der Unterrichtsbeginn bereits um 9 Uhr mittags vorgesehen, die Beendigung nachmittags.

Gewinnlose und Genossen, die sich an diesem Kursus beteiligen wollen, werden aufgefordert, sich bis

spätestens Montag, 9. März,

dem Sekretariat, Waldstraße 28, Seitenbau, schriftlich oder persönlich zu melden. Insofern wird zahlreiche Beteiligung aus den Reihen der Jugendgenossen erwartet! Auch von den umliegenden Ortsvereinen erwarten wir umfangreiche Beteiligung, umso mehr, als entfallende Fahrtkosten übernommen werden.

Das Unterrichtsmaterial wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Parteisekretariat.

Aus dem Gerichtssaal

Bürkle-Prozess

D3. Freiburg, 2. März. Im weiteren Verlauf der Verhandlung im Bürkle-Prozess beginnt dann die Vernehmung des Bankiers Otto G. S. Der persönliche Eindruck von Bürkle sei der eines vorläufigen Kaufmannes von wenig Initiative gewesen. Irgeendwelche Exekutionen gegenüber der Bürklebank seien nicht ausgeführt worden. Der Zeuge war der Überzeugung, das Vieher wirtschaftlich an der Bank beteiligt war. - Sonditus Guido Kappert machte hierauf Angaben über seine Fahrt nach Lugano zu Vieher und verweigert sich in fortgesetzte Widersprüche. Er wurde unredigal vernommen. - Zeuge G. e. d., ein früherer Angestellter der Bürklebank, gab an, das er im Jahre 1926 entlassen worden war, und wahrscheinlich deswegen, weil Direktor M. e. r. vom Deutschen Caritasverband schon im Jahre 1925 Mitteilung von einer Unterbilanz gemacht habe. Der Zeuge wollte schon seiner Zeit der Staatsanwaltschaft Mitteilung davon machen, das die Bank nicht mehr liquid und die Bilanz gefälscht sei. Da aber Vieher nach seiner Aussage sagte, die Bank zu liquidieren, habe er weitere Schritte nicht mehr unternommen. - Der wegen Krantheit kommissarisch vernommene Zeuge Dr. F. l. u. d. e. r. war ebenfalls der Meinung, das die Bank schon 1925 illiquid gewesen sei. Weiter weiß der Zeuge in dem Protokoll auf die nötige Unordnung in der Buchhaltung hin.

Freiburg, 3. März. Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages wurde eine Erklärung der Reichsbank verlesen, die feststellt, das seitens der Reichsbank an Herrn Bankier Schmidt, Basel) keinerlei Erklärung über die Bürklebank abgegeben worden sei, insbesondere nicht derart, das das Bankhaus Krebs erst an letzter Stelle der Freiburger Banken rangiere. Den Bankangestellten seien derartige Auskünfte unterzogen. Auf eine Anfrage der Deutschen Bank in Basel sei mitgeteilt worden, das die Bürklebank mit der Reichsbank im Abrechnungsverkehr liehe und mit ausländischen Banken Geschäftsverbindung unterhalte.

Dann wurde in der Verhandlung der bekannte Wechselstubeunnen Hezlin zu ungunsten des Klosters St. Trudbert eingetretet.

Das Kloster ist als Organisation von Schwestern zur Ausübung der Krankenpflege ein eingetragener Verein. Das Krankenhaus in Freiburg ist ein Filialunternehmen. Durch Berliner Vermittlung erhielten die Schwestern Kredite zum Bau eines neuen Pfarrhauses in St. Trudbert. Auch für den Krankenhausbau in Freiburg wurden durch Herlings Vermittlung Kredite in Höhe von etwa 600 000 M. beschafft. Da die Baukosten über eine Million Mark betragen, und Herling wegen der bekannten Schwierigkeiten der Bank diese Gelder nicht aufbringen konnte, ging er zur Methode der Wechselfinanzierung über. Es gelang ihm, die Schwestern zur Unterzeichnung auch der Prolongationswechsel zu bringen, da diese Herling unbedingtes Vertrauen schenken, das sich Herling durch sein schweizerisches Wesen zu verschaffen verstand. Jedesmal, wenn er in St. Trudbert weilte, wurde er in der Klosterkirche freudig angetroffen. Die beiden verantwortlichen Schwestern von St. Trudbert, Mutter und Europa und Oerlin Baccalini erlitten bei der Entdeckung der herlingschen Betrügereien schwere Nervenschwächen, so das ihre Vernehmung im Prozeß unmöglich ist. Eine in St. Trudbert geplante Konfrontation Herlings mußte unterbleiben, weil man befürchtete, das diese schwere gesundheitliche Schädigungen der beiden Schwestern bedeuten würde.

Volkswirtschaft

Das Kallwert Suggingen hat vorläufig wieder den Betrieb voll aufgenommen.

Der württembergische und badische Handwerksammertag hielt in Mannheim eine gemeinsame Sitzung ab, in der die schwere Not der Gegenwart und die trostlose Wirtschaftslage des Handwerks erörtert und hauptsächlich die Reichshandwerkskammer vorbereitet wurde.

Gründung einer internationalen Bodenkreditbank in Basel. Wie die Schweizerische Depeschengeneratur meldet, erfolgte die Gründung einer internationalen Bodenkreditbank mit einem Kapital von 25 Millionen Schweizerfranken, wovon zunächst 5 Millionen einbezahlt werden.

Ausbücker der Redaktion

K. A. Karlsruhe. Von Ihrer Mitteilung, das Professor Giorgio del Vecchio, ein Jude, Mitglied des Direktoriums der italienisch-faschistischen Partei wurde, nahmen wir Kenntnis. Der Borana bedeutet jedoch nichts Neues, da seit Schaffung des faschistischen Staates Mussolini auch Juden unter seinen Mitarbeitern hat - was allerdings aus „Bedenken“ von den deutschen Faschisten verheimlicht wird.

K. 1000. Von einer derartigen Auflage, wie sie von Ihnen erwähnt wird, ist uns nichts bekannt. Auch beim Arbeitsamt, bei dem wir uns erkundigt haben, ist man darüber nicht informiert. Vielleicht können Sie uns näheres Material geben, um die Sache verfolgen zu können.

K. 3. 1. Für die bei der Krisenunterstützung ausgeschickten Arbeitslosen bezahlt im allgemeinen die Fürsorge die Beiträge für die Invalidenversicherung. Bei Ablehnung der Bezahlung durch die Fürsorge hat der Versicherte selbst dafür aufzukommen. 2. Es sind im Jahre mindestens 10 Marken zu zahlen, um die Anwartschaft zu erhalten. Die Beitragsrate ist alle zwei Jahre vom Tage der Ausstellung an gerechnet umzutauschen und muß dann mindestens 20 Marken enthalten. Bei freiwilliger Weiterversicherung ist mindestens die zweite Beitragsklasse zu zahlen.

K. D. D. A. Die Lohnklasse muß der Entlohnung entsprechen. Man kann also nicht in eine höhere Lohnstufe einsteigen werden, als wie sie der wirklichen Entlohnung entspricht.

K. 100. Das ist sehr fraglich, ob die Gemeinde schadenersatzpflichtig ist. Es kommt nämlich darauf an, ob die Gemeinde seitens der Gemeinde eine Entlohnung erhielt. Ist dies nicht der Fall, dann ist die Gemeinde auch nicht schadenersatzpflichtig. Das sogenannte Bariegelde kann nicht als Entlohnung gelten. Wir raten Ihnen, den von der Gemeinde angebotenen Betrag anzunehmen, denn ein Rechtsanspruch auf Pension besteht nicht.

Welschneureut. Den Einleider der Anfrage betr. Feuerwehrtabelle erlauben wir um Angabe seiner Adresse.

K. Kuppurr. Wenn der Nazimann behauptet, das die nationalsozialistische Stadtratsfraktion gegen die Einstellung des Autobusbetriebes gestimmt hat, so ist dies eine der üblichen Nazilügen. Als Zeuge dafür lassen wir das Naziorgan, den Führer, sprechen, der in seiner Dienstausgabe mitteilt, das die Nazifraktion für die Aufhebung des Autobusbetriebes gestimmt haben. Er führt zugleich die Gründe an, die zu dem Beschluß der Nazifraktion geführt haben. Aus der Kuppurrer Autobuslache können die Nazis also kein Geschäft gegenüber den anderen Parteien machen.

K. A. Söllingen. Gegen den ablehnenden Bescheid des Finanzamtes können Sie Beschwerde beim Landesfinanzamt erheben.

K. M. Hohenmetersbach. Entweder hätte der Geschäftsinhaber für den Schaden eine andere Behörde befragen müssen oder er ist über für den Schadenersatz haftbar, wie er im Lehrvertrag vorgesehen ist.

K. M. 2. Wenn der Mietzins nach Monaten bezahlt wurde, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig. Sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen. Wird die Miete vierteljährlich bezahlt, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig; sie hat spätestens am dritten Vertag des Vierteljahres zu erfolgen.

K. A. 3. B. Sie können ohne weiteres unterschreiben, denn eine höhere höhere Aufwertung muß auch an Sie ausgesagt werden.

K. G. A. Bei Ihrem Wochenlohn beträgt die Steuer 1,95 M. Von einer Ledigensteuer in Karlsruhe ist uns nichts bekannt.

Detektor. Wir glauben kaum, das das Gaswerk etwas einzuwenden hat, aber es ist ratsamer, das Wasserleitungsrohr an dem von Ihnen bezeichneten Zweck zu benützen.

K. S. Durlach. Es kommt auf die Verkaufsbedingungen an, ob die Nähmaschine noch Eigentum des Verkäufers ist. Wir müssen über dieselben zuerst Bescheid wissen, um Ihnen eine erschöpfende Antwort geben zu können.

K. M. S. Die Sache ist verblüht.

K. Blumenkranz. Wenn Sie sich vertrauensvoll an die Haupttribunalvorinstanz der Bezirksbehörde wenden.

K. 100 M. Wenn der Durchschnittslohn im letzten Vierteljahr 35,21 M. betrug, so erhalten Sie mit Frau und Kind eine Arbeitslosenunterstützung von 18,55 M. wöchentlich.

Die ersten Frühjahrsstoffe

in Wolle und in Seide werden Postleilfarben in Blau, Rosa, Grün und Gelb bevorzugt. Schottenkaros werden für Röcke besonders verlangt. Bedruckte Stoffe aus Wolle, Seide und Kunstseide zeigen viele neue kleine und grosse Muster.

Die ersten Preise: unvergleichlich günstig

Wollstoffe

Tweed	von Mk. 1,75 an
Schotten	4,35 2,60
Woll-Georgette	4,75 3,45

Seidenstoffe

Crepe Georgette	4,50
Crepe de chine	3,50
Crepe de chine bedrukt	4,50

Kunstseide

Marrocain	3,80
Marrocain bedrukt	3,50
Crepe Georgette	4,75
Amazona wunderbar	6,90
schlagsame Qualität	6,90

Leipheimer & Mende

Kunden Kredit G. m. b. H. Karlsruhe

Serien-Tage 50, 95, 1.45, 1.90, 2.85, 4.50

In jeder Preislage das Beste!

TIETZ

Die Nazis wollen die Mückeversammlung sprengen

Die heutige Nummer des Führer, die uns erst kurz vor Rebatationschluss zu Gesicht kommt, bringt eine Aufforderung der Ortsgruppe Karlsruhe der NSDAP, daß sich die hiesigen Nationalsozialisten am Freitag abend 7.30 Uhr in verstreuten Lokalen in der Nähe der Festhalle treffen. Weitere Anweisungen würden dort erfolgen.

Diese Aufforderung der Nazis bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als daß die Nazis die Mückeversammlung sprengen wollen. Für alle Republikaner muß diese freche Herausforderung durch einen Massenbesuch der Versammlung beantwortet werden. Vielleicht gibt die Sprengabsicht der Nazis auch der hiesigen Polizei Veranlassung, sich entsprechend einzustellen und den Nazis zum Bewußtsein zu bringen, daß nicht das nationalsozialistische Kommando die Stadt Karlsruhe beherrscht, sondern daß Versammlungsfreiheit auch in Karlsruhe gewährleistet ist.

Die Polizei berichtet:

Schwerer Verkehrsunfall

Am Dienstag verfuhrte gegen mittag eine Autofahrer in der Durlacher Allee, bei der Lutherstraße, einen Zusammenstoß mit einem Fußgänger. Dieser wurde vom Koffel des Autos erlegt und herab auf die Straße geschleudert, daß er mit einer schweren Gehirnerschütterung bewußtlos liegen blieb. Die Personalien des Angefallenen konnten noch nicht festgestellt werden, da er das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt hat. Das Auto wurde sicher gestellt.

Unfall

Ein versch. 50 Jahre alter Schreiner kam am Sonntag abend im Ausgang seiner Wohnung in der Wilhelmstraße zu Fall, wobei er sich einen lebensgefährlichen Schädelbruch zuzog.

Eittlichkeitsverbrechen

Ein lediger 62 Jahre alter Mann von hier gelangt zur Anzeige, weil er eine 10 Jahre alte Volksschülerin geschlechtlich mißbraucht hat. Ein versch. Techniker wurde angezeigt, weil er seit längerer Zeit in einer Werkstatt in der Zähringerstraße unethische Bilder zu verkaufen und vertreiben pflegte.

Diebstähle

Ein lediger Kaufmann wurde am Dienstag dabei betreten, wie er von der Umzählung eines Sportplatzes in der Borholzstraße Holz säuberte. Da dort in letzter Zeit wiederholt Holz gestohlen und vor 14 Tagen auch in die Sportplatzkantine ein Einbruch verübt worden ist, und andererseits der Täter mehrere Vorstrafen wegen Diebstahls aufweist, so wurde er als bringend verdächtig festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Ein anderer Täter, der beim Diebstahl des Steinbauers und Borholzstraße ergriffen wurde, konnte sich der Festnahme durch die Flucht entziehen. Die Verfolgung durch einige Zivilpersonen war ohne Erfolg.

In der Nacht zum Mittwoch entwendete ein unbekannter Täter von einem in der Hebelstraße abgestellten Personentransportwagen einen Koffer mit Kinder- und Damenschuhen im Wert von etwa 100 Mark.

Am Dienstag wurden zwei Fahrrad Diebstähle angezeigt. Ein Fahrrad wurde herrenlos aufgefunden.

Milchfälschung

Ein Molkebesitzer gelangt zur Anzeige, weil er verschiedentlich seine Kunden mit gemäxter Milch beliefert hat.

Veranstaltungen

Colosseumtheater. Erfolgreiche Uraufführung. Das überaus beliebte Werk von Gustav Vertram hat bei der Uraufführung am Sonntag eine sehr befriedigende Aufnahme gefunden. Der einmal recht von Herzen laden will, der verstaune nicht einen der folgenden Abende im Colosseum zu verbringen. Man muß Maria Peter gesehen haben, die es versteht ihre Charakters mit Temperament zu bringen. Auch Alfred Reichelt, der den Rastler Duffel gibt, hat eine unvergleichliche Komik. Sehr gut hat sich auch Friedel Gröller eingepaßt, die in ihrer „Amigunde“ eine sehr familiäre Figur spielt. Es kann ein Besuch nur belohnt empfunden werden. Ein Abend bei der „Verfolgten Unschuld“ ist kein verlorenener Kartenverkauf den ganzen Tag über im Zentralkasse Meise, Ecke Waldstraße und Wallstraße.

Fred Nation hat sich nach seinen beiden ersten Karlsruher Abenden, die ihm immer wieder neue Anhänger zuführen, nicht nur in seinen Vermental-Vorträgen, sondern auch in seinen Konversationen, dazu entschlossen, nach einem kurzen und leichten Besuch in dieser Saison abzuhalten, bei der am kommenden Freitag, 6. März, abends 8 Uhr, stattfinden wird. Da diesmal sicherlich mit Massenbesuch gerechnet werden muß, wurde der Eintritt-Zettel genommen. Jeder Nation-Abend bringt neue, unerwartete Momente und Überraschungen, es ist daher berechtigt, daß sich eine große und reiche Gemeinde um diesen unvergleichlichen Vortragsgeber gebildet hat. Die Kartenangebote für Freitag ist in vollem Maße. Bitte Saalhälften in der Musiksaalgebäude Kurt Reuefeldt, Waldstr. 81, rechte Saalhälften in der Wandlungsbahn Meisefeld, am Marktplatz.

Verband für Frauenbefreiungen. Die bekannte Rednerin und frühere Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Marie Elisabeth Sühner spricht am Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr, im großen Saal der Wandlungsbahn, Kriegsstraße 166/168 über „Wirtschaftliches und politisches Frauenrecht“. Es ist zu erwarten, daß recht viele Karlsruher Männer und Frauen den Vortrag einer der Führerinnen der deutschen Frauenbewegung besuchen werden.

Josel Krips und sein Landestheaterorchester am 11. März in der Festhalle ist eine Veranstaltung, die heute schon in den weitesten Kreisen der Bevölkerung besondere Beachtung findet. Mit vollem Recht wurde die Veranstaltung, die ausschließlich Werke von Franz Schubert und Johann Strauß bringt, „Wiener Abend“ genannt. Josel Krips wird sich hier in seinem Urclement befinden. Eine besondere Note gewinnt der Abend dadurch, daß das aufstrebende Talent des Badischen Landesorchesters, die jugendliche Solistaturangerin Lotte Hilsbach als Solistin mitwirkt.

Schreibredakteur: Georga Schepplin. Verantwortlich: Volpert Freytag. Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, rechte Nachrichten 2. Graebbaum Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine Badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Herr Isenhardt, Reinecke Die Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Karlsruhe Gemeinde, Politik, Soziale Nachrichten, Sport und Spiel, Sozialistisches Annahel, Heimat und Baden, Nachrichten, Reich, Welt, Sozialistische für den Anzeigenteil: Guido Rüdiger. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Eine Greisin erdroffelt

Der Raubmord in Gengenbach - 4 Verhaftungen

Gengenbach, 4. März. Zu dem Raubmord in der Einach erfahren wir noch: Es ist anzunehmen, daß die Mordtat in der Nacht vom Sonntag auf Montag geschehen ist. Man vermutet, daß der oder die Täter die Durchfahrt eines Güterzuges abgewartet haben, damit das Aufbrechen der Türen im Geräusche des Zuges nicht zu hören war. Das Haus der Ermordeten liegt am Einacher Weg und nahe der Bahnlinie. In der Nähe liegen noch drei landwirtschaftliche Anwesen und der Lebzeltbrennerei der Landwirtschaftskammer. Am Montag abend trafen die zuständigen Herren des Offenburger Gerichts am Tatort ein, und dann in der Nacht noch die Mordkommission aus Karlsruhe unter Führung der Setzen Polizeiräte Schumacher und Riedinger. Die Mordstelle wurde durch Gendarmeriebeamte abgeperrt.

Um die Unterjuchung zu beschleunigen, nahm die Kommission am Dienstag in der Frühe ihre Tätigkeit wieder auf und arbeitete bis gegen Abend, wo die Leich dann freigegeben und mit dem Leichwagen nach Gengenbach ins Krankenhaus gebracht wurde. Die Tote wurde in ihrem Hause feiert. Dabei wurde festgestellt, daß der Täter die bedauernswerte alte Frau erdroffelt hatte. In

der Angelegenheit sind bis jetzt vier Personen verhaftet worden, von diesen sind zwei von Gengenbach-Einach. Bis jetzt ist noch nicht einwandfrei festgestellt, wer als Täter in Betracht kommt. Die Ermordete war am 3. September 1887 geboren und lebte seit vielen Jahren allein in ihrem Häuschen. Sie war eine Einkehrerin und empfing keine Besuche. Wenn jemand zu ihr wollte und am Klopfe, machte sie erst das kleine Fensterchen neben der Haustür auf und erundete sich, mit wem sie es zu tun hatte. Vor Jahren bekam sie einmal Drohbriele, die auf eine Erpressung hinariefen. Der Briefschreiber ist damals ermittelt worden. Es wurde aber noch ein junger Mensch, er kam ohne Strafe davon. Seit er wieder verhaftet worden. Der Einacher Weg war am Dienstag sehr belebt. Viele Leute pilgerten zur Mordstelle, fanden in Gruppen beisammen und besprachen den traurigen Fall. Wenn man das beschriebene Häuschen, das mehr einen armenleigen als wohlhabenden Eindruck macht, ansieht, kann man es kaum für möglich halten, daß hier ein Mensch eindringen und einen Raubmord begehen konnte. Oder hat der Mörder angenommen, daß die Einkehrerin, die so beschaffen und zurückgezogen in ihrer Hütte lebte, Gold und Silber in ihrem Strumpf versteckt hatte?

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt Die auf Freitag, 6. März, anberaumte Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt findet umständehalber morgen Donnerstag, 5. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus statt. Wir bitten die Mitglieder, dies berücksichtigen zu wollen.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer Am Mittwoch, 4. März, nachmittags 5 Uhr, die übliche Zusammenkunft im Volkshaus.

Bezirk Mittstadt Mittwoch, 4. März, abends 8 Uhr, findet im „König von Württemberg“ (Eingang Zähringerstraße) eine Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Stadtrat Löffler über „Kommunalpolitische Streitfragen“ statt. Die Parteimitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen. Volkshausleiter und sonstige Interessenten sind ebenfalls willkommen.

Frauensektion Bezirk Mitte, Mittel- und Südweststadt Donnerstag abends 8 Uhr im Büro der Arbeiterwohlfahrt Leje abends: „Des Menschen Weib.“ Hierzu sind sämtliche Genossinnen freundlichst eingeladen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Achtung! Saalhäuser! Freitag, 6. März, 7 Uhr abends, Auftreten sämtlicher Reichsbanner- und Selbstschuleute in der Festhalle (hinter dem Podium).

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe Sterbefälle und Beerdigungszeiten. Rosa Korn, 74 Jahre alt, Witwe von Herrn Korn, Kaufmann, Feuerbestattung am 4. März, 15.30 Uhr. Anna Kahlstätter, 70 Jahre alt, Witwe von Alois Kahlstätter, Holzschuhmacher, Beerdigung am 4. März, 14 Uhr. Rolf, 8 Monate alt, Vater Ludwig Lustig, Koch, Beerdigung am 5. März, 14 Uhr. Johannes Graf, 73 Jahre alt, Ledermann, Tagelöhner, Beerdigung am 5. März, 13 Uhr. Ernst Seeger, 84 Jahre alt, Witwer, Privatmann (Blankenloch) Friedrich Müller, 64 Jahre alt, Witwer, Polizeikommissär, Beerdigung am 5. März, 14 Uhr.

Der Blitz vom Mittwoch Damen-Strümpfe 1.80 Kinder-Strümpfe .65 BURCHARD Morgen Donnerstag wieder kostenloses Zuschneiden unserer Wäschestoffe

Kleine bad. Chronik

Dittersheim (bei Schweigen). Nach durchdringender Nacht erriet der 35jährige Kreisinspektor Walczul dabei mit seiner Frau in Streit. Die Hausbewohner liefen zusammen, darunter auch der 52jährige Bruder der Frau. Die Frau verlegte der Polizei mit dem Rückenmeißel einen tiefen Stich in den Rücken. Der Getroffene wurde in bedenklichem Zustande ins Schweigen Krankenhaus verbracht, der Täter festgenommen und ins Mannheimer Amtsgefängnis eingeliefert.

Rorsheim. In Conweiler wurde das Anwesen von Ludwig Boda mer und die Detonationsgebäude von Friedrich Riedrich durch Feuer zerstört. Auch Hofmühle und Vordie imingen in Flammen auf.

Wollach. Das im Zinken Kohrbach der Gemeinde Lebnach gelegene Anwesen des Kohrbachbauern, in dem die Witwe Wollach mit sechs Kindern wohnt, wurde ein Opfer der Flammen. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Die Brandursache ist unbekannt. Der Schaden beläuft sich auf etwa 15.000 Mark.

Waldenort. In Almenes brannte das große Wohn- und Detonationsgebäude des Landwirts Konrad Lorenz am Montag gegen abend vollständig nieder. Die ganze Familie war während des Brandes nicht zugegen. Sie wollte auf dem Fahrmarkt in Waldenort. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die Liegebetten des Bauers auf andere Gebäude zu verbrücken. Sämtliche Hofmühle verbrannten, der Schaden dürfte sich auf etwa 45.000 Mark stellen. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Hausfuchungen bei fahrnauer Nationalsozialisten

D3. Schoofheim, 2. März. Die Schoofheimer Gendarmerie nahm in Fahrnau bei Ansbachbrunn der NSDAP. Hausfuchungen vor. Dabei wurden zwei alte Revolver beschlagnahmt, die Besitzer der Waffen wurden nach Schoofheim zur Einvernahme mitgenommen, wo sie dann wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Aus der Stadt Durlach

Wo bleibt der zweite Mann? Die Parteifunktionäre, Stadträte, Stadtverordnete und Parteitransportleute seien nochmals auf die am Donnerstag, 5. März, abends 8 Uhr, im Lokal Festhalle stattfindende wichtige Zusammenkunft mit der Bitte, unbedingt zu erscheinen, hingewiesen.

Da am fränkischen Abend alle Einzeladerten Zeit haben, so werden es alle große Pflichterfüllung anzusehen, wenn nicht alle erschienenen würden. Da wichtige Punkte zur Aussprache stehen und auch Flugblätter abzuholen sind, wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Veranstaltungen

Mittwoch, 4. März 1931. Badisches Landes-theater: Der Holentavaller. 19.30 Uhr. Coliseum-Theater: Maria Peter in „Verfolgte Unschuld“. 20 Uhr. Badische Musikschule: Sünden der Väter (Quintett). 20.30 Uhr. Maria-Peter: Die städtischen Vermanden. Die Konfessionslose. Musikalische: Ihre Majestät die Dieb. (Siegfried Arno.) Schanburg: Der Korvettenkapitän. Musik-Theater: Madame Dubard. Die tolle Pöle. „Der Fahrzeughelfer“: Emma Darmstadt-Stern - Georg Darmstadt. Erste Kirche Christi: Wissenschaftler: Gottesdienst, Kriegskir. 84. 20 Uhr. Badische Musikschule für Musik: Konzerte des Badischen Konfessionarier. Eintritt frei. 20 Uhr.

Vereinsanzeiger

Die in 4 Teilen 25 Pf. die Seite Vereinsanzeiger Die in 4 Teilen 25 Pf. die Seite Vereinsanzeiger Die in 4 Teilen 25 Pf. die Seite Vereinsanzeiger

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

4. März

1787 Verfassung der Vereinigten Staaten proklamiert. — 1848 Sturm auf das Münchener Zeughaus. — 1852 Russischer Schriftsteller Nikol. Gogol. — 1871 Erste Reichstagswahl. — 1919 Generalstreik in Berlin. — 1925 Bestattung Eberts in Heidelberg. — 1929 Militärrevolte in Mexiko. — 1929 Hoovers Amtsantritt als Präsident.

Zum Großfeuer in der verlängerten Wolfartsweierer Straße

Schreibt die Berufsfeuerwehr: Die Feuerwache Ritterstraße wurde Montag abend um 22.54 Uhr durch den Feuerwehler Wolfartsweierer Straße 5 alarmiert. Es brannte ein der Reichsbahn gehöriger und zu Lagerzwecken vermietet einzelstodiger Schuppen aus Holz, der etwa 400 Meter vom Eisenbahnübergang entfernt zwischen der Straße und den Eisenbahngleisen östlich des Ausbesserungswerkes stand. Das Feuer, dessen erste Spuren von einem Beamten der Wache und Schützengesellschaft entdeckt worden waren, hatte sich im Innern des Schuppens über den Raum eines ganzen Brandabschnittes (etwa 40 auf 20 Meter) ausgebreitet und bis zur Ankunft des ersten Löschzuges zu solchem Umfange ausgewachsen, daß dieser einem Großfeuer gegenüberstand. Da Gefahr für die auf den benachbarten Gleisen abgestellten Eisenbahnwagen, sowie u. a. für die rückwärtigen Wohnhäuser an der Zimmerstraße bestand, wurde der 2. Löschzug von der Wache angefordert. Das Schadenfeuer, das eine ungeheure Hitze ausstrahlte, konnte ebenso den benachbarten Schuppen an beiden Seiten jenseits der Brandabschnitte gefährlich werden. Die Brandmauern haben sich bei diesem Schadenfeuer ganz hervorragend bewährt und ihre Errichtung hat sich sicher gelohnt. Jenseits einer dieser Mauern befand sich — wie ortskundiger Wächter angab — ein Carbidlager, so daß an dieser Stelle größte Vorsicht beim Wassergeben geboten war, um Explosionen zu vermeiden.

Der Schuppen war zum Lagern von Sperrholz und Dachpappe benutzt worden und bot so neben der leichten Konstruktion (trockene Holzwände, Dachträger und Teerpappdach) auch infolge seines Inhalts einem Schadenfeuer reiche Nahrung. Verbotenerweise war er außerdem noch zum Einstellen eines Kraftwagens und eines Motorrades benutzt worden; als deren Brennstoffbehälter sich aufblähten, erfolgte deren Explosion mit ungeheurer scharfer Stichflamme, die das Feuer bis in die entferntesten Winkel des großen Raumes fortplante.

Die Wasserversorgung an dieser Straße, an der bislang Wohnhäuser nicht gebaut sind, ist nicht günstig. Der nächste Hydrant steht am Bahnübergang, etwa 400 Meter von der Brandstelle entfernt. Zunächst wurde aus 4 A-Röhren Wasser gegeben und so dank der Unterteilung durch die Brandmauern das Feuer auf den Abschnitt abgeregelt. Der Schuppen wurde zwar zum größten Teil ein Opfer der Flammen, da er mit seinen trockenen Holzwänden, Dachkonstruktionen und seinem Teerpappdach den Flammen die beste Nahrung bot.

Insgesamt wurden auf der Brandstelle 8 Röhre (4 A- und 4 B-Röhre) eingesetzt und zirka 1500 Meter Schlauch ausgelegt. Der zweite Löschzug konnte 23.58 Uhr von der Brandstelle abdrücken; nachdem dann alle noch sichtbaren Brandherde von dem ersten Zug abgeglöscht und Aufräumarbeiten erledigt worden waren, rückte auch dieser Zug um 1.07 Uhr nach Zurücklassen einer Brandwache in Stärke von 1. Oberfeuerwehrmann und 8 Feuerwehrmännern ab.

Ursache

Dieses Großfeuers können vorläufig nur Vermutungen geäußert werden. Offenbar ist die vorchriftswidrige Unterstellung des Kraftwagens schuld, da die Heizungsanlage des in einem Holzverschlag eingerichteten Büros noch nach Abklingen des Brandes in Ordnung vorgefunden wurde. Ueber die Höhe des entstandenen Schadens können Zahlen noch nicht angegeben werden.

Mit dem Alarm des zweiten Löschzuges traf gleichzeitig eine Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr Innstadt ab und von 20 Mann auf der Brandstelle ein. Sie hat im Verlauf der Löscharbeiten, die durch das Auslegen großer Schlauchströme besonders erschwert wurden, erfolgreich und fleißig mitgearbeitet. Die Freiwillige Feuerwehr des Reichsbahnausbesserungswerkes, melbete sich ebenfalls zur Stelle, brauchte jedoch nicht mehr eingesetzt zu werden.

Die Abperzung der Brandstelle wurde rasch und exakt durchgeführt. Auch die Freiwillige Sanitätskolonne erschien pünktlich und in großer Zahl auf der Brandstelle, wurde jedoch zum Glück nicht benötigt.

Die Lagerung von Stoffen, die im Falle eines Feuers für Feuerwehler und zusehendes Publikum gefährlich und verhängnisvoll werden kann (im vorliegenden Fall die Carbidlagerung der Firma Werner und Gärner) zeigt die Wichtigkeit einer schnell einsetzenden und weitläufigen Absperzung einer solchen Brandstelle. Der reißige, weithin sichtbare Feuerchein hatte schnell eine große Zuschauermenge angelockt.

Als Dezernent des städtischen Feuerlöschwesens war mit dem 2. Löschzug Herr Bürgermeister Schneider auf der Brandstelle erschienen; ferner waren zugegen: die Herren Ministerialrat Dr. Ward und Reichsbahnoberrat Neßler.

Die Nazis fürchten die Wahrheit Kapitänleutnant von Mücke liegt den Nazis schwer im Magen

Schon die Ankündigung, daß der frühere Kapitänleutnant von Mücke, der bekannte und gefeierte Seeheld, am nächsten Freitag in der Karlsruher Festhalle sprechen wird, hat die Herrschaften vom Hafentreu in große Nervosität gebracht. Der Führer bringt nämlich folgende Notiz:

Am nächsten Freitag soll in der Karlsruher Festhalle der berühmteste Renegat und Parteiräuber v. Mücke sprechen. Die Veranstaltung, hinter welcher Sozialdemokratie und Zentrum stehen, bedeutet eine unerhörte Provokation der Karlsruher Bevölkerung, deren überwiegende Mehrheit heute im nationalsozialistischen Lager steht. Wir werden diese Provokation nicht hinstillschweigend hinnehmen! Nähere Anweisungen ergeben in den nächsten Tagen.

Noch vor nicht allzulanger Zeit war Herr v. Mücke in den Naziältern nicht nur der gefeierte und hochgeschätzte Seeheld, sondern auch ein ebenso tapferer Naziheld. Da aber die Einkunft der Nazis für Herrn von Mücke und seinen Charakter nicht erträglich war und deshalb der Nazimarktschreierpartei den Rücken kehrte, so ist er nun heute ein Renegat und Parteiräuber. Ein Ehrentitel für von Mücke! Die Furz vor der Wahrheit ist es aber, die die Nazis veranlaßt, Herrn von Mücke zu beschimpfen. Sie nennen es eine unerhörte Provokation der Karlsruher Bevölkerung, wenn Herr von Mücke spricht. Wenn also ein anständiger Mensch, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, in Karlsruhe spricht, und den Volksbetrug und Volksverrat der Naziführerschaft an den Pranger stellt, so nennt dies der Führer eine Provokation der Karlsruher Bevölkerung. Wenn weiterhin der Führer in nicht zu überbietender Großmäuligkeit und Annahme behauptet, daß der größte Teil der Karlsruher Bevölkerung im nationalsozialistischen Lager steht, so muß man sich wirklich fragen, ob der, welcher einen solchen Unsinn schreibt, nicht reif für eine ärztliche Untersuchung wäre. Im übrigen dürfte sich auch die Polizei dafür interessieren, was es heißen soll, wenn der Führer ankündigt, daß die Nazis diese „Provokation“ nicht hinstillschweigend hinnehmen werden und nähere Anweisungen in den nächsten Tagen ergeben werden.

Aber so ist es, wenn man sich vor der Wahrheit fürchtet, dann will man den starken Mann spielen, um mit Drohungen den Gegner einzuschüchtern. Für alle wahrheitsliebenden Menschen ergeht daher der dringende Appell, die Mücke-Versammlung zu besuchen.

Gewerkschaftsmitglieder zahlen 30 Pf. Eintritt in die Versammlung v. Mücke

Zu der öffentlichen Festhalleversammlung am Freitag abend erhalten die Gewerkschaftsmitglieder bei ihren Verbänden Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. Arbeitslose erhalten solche auf dem Arbeitersekretariat gegen Vorzeigung der Kontrollkarte zum Preise von 10 Pf.

Der Stadtrat hat beschlossen

(Nachtrag.)

Verdingungswesen. Auf Antrag der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat der Stadtrat beschlossen, daß „gemeindliche Arbeiten und Lieferungen an Beamte, Angestellte oder sonst in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Stadtverwaltung stehende Personen, an Stadterbediente, Stadträte und Mitglieder städtischer Ausschüsse, in deren Geschäftsbereich die Arbeit oder Lieferung fällt, sowie an Begleitenden sämtlicher Vorbesetzer nicht übertragen werden dürfen“. Dieser Beschluß wird der Zustimmung des Bürgerausschusses unterstellt.

Die Bedeutung des Internationalen Arbeitsamts in Genf

Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts wirkt sich aus, ohne daß wir eigentlich viel davon merken. Es sind international so viele Zusammenhänge vorhanden, daß wir alle Ursache haben, an internationalen Ausgleich der sozialen Interessen der Arbeiterschaft hinzuwirken. Schon im Jahre 1897 trat deshalb die Internationale Arbeiterkonferenz zusammen, der wir das Verbot der Verwendung des Phosphors zu verdanken haben. Das Internationale Arbeitsamt wurde dann im Jahre 1900 in Basel gegründet, das alsbald daran ging, auf die Tagesordnung der Berner Konferenz die Regelung der Arbeitszeit zu setzen. Es dauerte aber bis 1913 und 1914 bis die technische Kommission zusammentreten konnte, die zur Leistung der Vorarbeiten gebildet wurde. Deren Tätigkeit wurde aber dann durch den Krieg unterbrochen und obwohl man auf Seiten der Entente den Standpunkt vertrat, es darf keinen Frieden geben ohne internationalen Ausgleich der Arbeiterbedürfnisse, haben wir dieses Ziel bis heute noch nicht erreicht. Die Organisation des Internationalen Arbeitsamts gliedert sich in die Internationale Konferenz, den Verwaltungsrat und das Internationale Arbeits-

amt mit dem Sitz in Genf. Jedes Land, das dem Internationalen Arbeitsamt angeschlossen ist, wird durch 4 Delegierte vertreten. Kraft Friedensvertrages ist das Internationale Arbeitsamt eine geistliche Einrichtung, die mit den Sachministern der einzelnen Länder direkt verkehren kann. An der Spitze des Internationalen Arbeitsamts steht der äußerst intelligente Franzose Albert Thomas, der sein schwieriges Amt bisher verwaltet hat, ohne irgendwie nennenswerten Anstoß zu erregen. Denn im Internationalen Arbeitsamt kommen die englischen, die französischen und die deutschen Anschauungen zum Ausdruck, die sich befeindlich gegenüber stehen. Der Engländer ist idealer Diener des Staates, während der Franzose mehr Individualistisch ist. Auf alle Fälle sind beide anders geartet als der Deutsche, was gewiß die Schwierigkeiten der Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts nicht mildert. Es haben bis jetzt 12 Tagungen des Internationalen Arbeitsamts stattgefunden mit 28 Uebereinkommen und 34 Empfehlungen. Für uns Deutsche ist wichtig das Washingtoner Abkommen vom Jahre 1919, das aber bis heute noch nirgends ratifiziert ist, das aber doch den internationalen Lohndruck beseitigt hat. Weiter ist für uns wichtig, die Vereinbarung über das Nachtarbeitsverbot und die Entschädigung der Berufskrankheiten.

In sehr tiefgehender Weise hielt am Montag abend in diesem Sinne Herr Oberregierungsrat Gemelle im Volkshaus im Rahmen des Bildungsprogramms des Gewerkschaftsartikels einen Vortrag, den er mit dem Hinweis schloß, daß der Weltfrieden nur kommen kann auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit der Arbeit. Reicher Beifall der guldachten Versammlung lobte die trefflichen Ausführungen.

(1) Zuspätkommen. Die Reichsbahndirektion von Karlsruhe teilt mit: Infolge Störungen in einem Teil der Stellwerkanlage des Bahnhofes Karlsruhe sind gestern früh bei ankommenden und abfahrenden Zügen der Strecke Karlsruhe-Maxau und Karlsruhe-Eggenstein-Graben Verspätungen entstanden, durch die hauptsächlich der Arbeiter- und Berufsverkehr betroffen wurde. Es trafen die Personenzüge 554 und 558 von Maxau 28 bzw. 51 Minuten später ein. Einzug 50 nach Landau-Saarbrücken erlitt 25 Minuten, Personenzug 559 nach Maxau 55 Minuten und Personenzug 1253 nach Graben-Neudorf 41 Minuten Verspätung. Die Störung war kurz nach 7 Uhr beseitigt.

(2) Amerikanische Pädagogen kommen nach Karlsruhe. Auf einer Studienfahrt durch Deutschland werden am 19. Juli d. J. amerikanische Pädagogen nach Karlsruhe kommen.

Bulach

Gedächtnisfeier

Auch dieses Jahr wurde unierer im Weltkrieg gefallenen Einwohner am Volkstrauertag gedacht. Nach dem Trauergottesdienst versammelten sich sämtliche Vereine mit den in unserem Vorort wohnenden Vertretern des Stadiparlaments, der Geselligkeit, der Lehrerschaft um 11 Uhr beim Rathaus. Der Zug bewegte sich alsdann unter den Klängen von Trauermärschen der beiden Kapellen Feuerwehr und Musikverein Harmonie) dem Friedhof zu, wo die Feier durch die Harmonie Bulach eingeleitet wurde. Hierauf brachte der Gesangsverein Frohsinn mit tiefer Empfindung den Chor: „In Frieden ruhet aus“, zum Vortrag. Herr Hauptlehrer Sellinger hielt die eindrucksvolle Gedächtnisrede. Er begann dieselbe mit dem Gebot von S. Petrus: „Es trägt ein jeder Last des Bruders Ansehens“, um lobend als schwer verwundet gemessener Frontkämpfer das Erleben des Weltkrieges in seiner grausamen Wirklichkeit zu schildern. Er wies auf die Millionen Taten des Weltkrieges hin, deren Vorbemerkung in Vierzehner von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang ununterbrochen acht Wochen dauern würde, sowie eine Reihe Särgen in einer Länge von Paris bis Wladivostok, weiter auf die in der Volkstrauertag des Lebens zu Krüppeln gewordenen, auf die vielen Witwen und Waisen. Ein tröstlicher Zug in dieser Stunde des Gedankens. „Wofür und warum?“ Ausgesprochen ist der größte Teil, um das Vaterland zu schützen, ein anderer Teil für ein größeres Deutschland. Die Ueberlebung der Kräfte führte zum Zusammenbruch, das Ende hieß: Umsonst? Nein, nicht umsonst sind unsere Taten gefallen. Die Taten aller Nationen veröhnen uns. Ihr Streben wies uns den Weg für das Volk, für die Menschheit, für das Vaterland, für die Welt. Dadurch letzten sich die Taten ein Denkmal in unierem Herzen. Der Redner schloß seine gedankentiefen Ausführungen mit der Aufforderung, mitzuwirken an der Erneuerung des Reiches, des Gemaltigen: dem Bau der Gemeinschaft der Völker. Der Arbeitergesangsverein „Freundschaft“ brachte hierauf den Chor: „Du fernes Land“ eindrucksvoll zum Vortrag, worauf der Fortkündige der Bezirksgruppe Bulach des Reichsbanners der Kriegseidgenossen und Kriegserbinterbliebenen den gefallenen Kameraden gedenkend einen Kranz niederlegte mit dem Versprechen, die Rechte der Kriegsoffer wie bisher zu wahren. Nachdem alsdann noch der Gesangsverein Eintracht einen Trauergesang mit Musikbegleitung zum Vortrag brachte, beendete die Feuerwehrkapelle durch einen Choral die eindrucksvolle Feier.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Vom Südwesten ist jetzt maritime Warmluft auch in unser Gebiet eingedrungen und hat heute Nacht in tiefen Lagen verbreitete Schneefälle und in den Höhen infolge des starken Temperaturanstiegs stellenweise Regen gebracht. Wir werden bis auf weiteres im Bereiche der milden ozeanischen Luft bleiben, so daß zunächst noch Erwärmung bevorsteht.

Wetterausichten für Donnerstag, 5. März: Aufziehende Südwestwinde, mild, wolfig, zeitweise Niederschläge, meist als Regen.

Wasserstand des Rheins

Basel 94, Gef. 16; Walsdorf 271, Gef. 15; Schutterinsel 160, Gef. 15; Rehl 328, Gef. 104; Maxau 541, Gef. 54; Mannheim 637, Gef. 23 Zentimeter.

Das **Blaue Wunder** bei **Breitbarth**

Mein Werbe-Verkauf von erstklassigen dunkelblauen Herren-Anzügen dauert nur noch bis einschließlich Samstag, den 7. März.

Das blaue Wunder jetzt nur Mk. **88.-** netto

Weitere Stammqualitäten: Blaue Herren-Anzüge zu Mk. **48.-** und Mk. **72.-** netto
Blaue Gabardine-Mäntel auf Kunstseide zu Mk. **45.-** und Mk. **64.-** netto

Kaiserstraße Ecke Herrenstraße

Beachten Sie meine Spezial-Fenster auf der Kaiserstraße

